

"Was in der Luft liegt" dans Der Spiegel (24. Juni 1953)

Legende: Das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel kommt in seiner Ausgabe vom 24. Juni 1953 auf die Ereignisse zurück, die sich am 17. Juni in Ost-Berlin abgespielt haben.

Quelle: Der Spiegel. Das deutsche Nachrichtenmagazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf ; Herausgeber BECKER, Hans Detlev. 24.06.1953, n° 26; 7. Jg. Hamburg: Spiegel-Verlag G.M.B.H. "Was in der Luft liegt", p. 6-7.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: http://www.cvce.eu/obj/was_in_der_luft_liegt_dans_der_spiegel_24_juni_1953-de-77037c7b-a32b-4a9b-b073-0cb150ac6b54.html

Publication date: 03/07/2015

Was in der Luft liegt

Sowjet-Hochkommissar Wladimir S. Semjonow mußte seinen Umzug aus dem Karlshorster Domizil in die kalte Pracht des Botschaftsgebäudes Unter den Linden verschieben. Hinter dem Drahtzaun der ehemaligen SKK-Enklave ist er vorläufig noch sicherer als am Pariser Platz, auf dem am Mittwoch, dem 17. Juni, das vom Brandenburger Tor heruntergeholte rote Tuch symbolisch zerfetzt wurde.

Zur gleichen Stunde, da dieser Flaggensturm vor den Augen stumpf blickender Muschiks in Szene ging, drückte Hochkommissar Semjonow an seinem Inspizientenpult auf den Befehlsknopf. Dann rollten Sowjetpanzer in Richtung Regierungsviertel. In den Spitzenpanzern hockten Semjonows Protokollchef, Oberst Kotzuba, und Dolmetscher Kapitän Scheskin. Ihnen mag es zuzuschreiben sein, daß - wie die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ in Stuttgart schrieb - die Grenzen des Einsatzes „vernünftiger gezogen waren, als hätte befürchtet werden können“. Das Blatt fügte hinzu: „Das läßt auf politische Gedanken schließen.“

Die Ereignisse in Ostberlin, die zum blutigen Juni-Aufstand führten, waren von östlicher Seite ganz anders geplant, und zwar so: 70 Bauarbeiter des Blocks 40 im „Nationalen Aufbau-Projekt“ Stalin-Allee sollten am Dienstag, dem 16. Juni, dem stellvertretenden „DDR“-Ministerpräsidenten Walter Ulbricht ganz brav auf der Parteiaktiv-Sitzung der Ostberliner SED im Friedrichstadt-Palast eine Resolution überreichen.

In dieser Resolution sollte die (bereits pauschal bewilligte) Aufhebung der kurz vorher verfüigten Arbeitsnorm-Erhöhung gefordert werden. Eine entsprechende zustimmende Erklärung des Politbüros des SED-Zentralkomitees war bereits fixiert. Alles wäre seinen planmäßigen „demokratischen“ Weg gegangen. Pankow hätte wieder einmal laut hinausposaunen können, „wie sehr der DDR gerade jetzt – nach dem die Regierung ihre administrativen Fehler eingesehen hat - das Wohl des Arbeiters am Herzen liegt“, wenn nicht plötzlich eine Planstörung eingetreten wäre.

Die 70 Resolutions-Aktivistinnen von Block 40, der durch seine ungewöhnlich straffe Parteiorganisation bekannt war, marschierte auftragsgemäß los. Aber zehn Blocks weiter folgten ihnen bereits tausend nicht eingeplante Demonstranten. Durch eine eigenartige Flüsterpropaganda waren alle Bauarbeiter in der näheren und weiteren Umgebung darüber orientiert, daß „was in der Luft liegt“. Der Parteiauftrag der siebzig war offensichtlich verraten worden.

Viel Volk strömte hinzu, darunter auffallend viel Westberliner Beobachter. Bis zum Strausberger Platz ging alles noch sehr diszipliniert und geordnet zu. Als sich der Zug jedoch dem Alexanderplatz näherte, hatte er auch bald die Halbstarken dieses Bezirks im Gefolge. Am Marx-Engels-Platz (früher Lustgarten) schwelte bereits die Rebellion wie ein Moorbrand. Dann züngelte eine Stichflamme hell empor, als vom Brandenburger Tor her Sympathie-Gruppen aus Westberlin in den Sowjetsektor bogen.

Plötzlich hieß es an der Spitze der Ostberliner Demonstranten: „Links schwenkt marsch“. Die zwölftausendköpfige Menge bewegte sich die Wilhelmstraße entlang auf das „Haus der Ministerien“, das ehemalige Reichsluftfahrtministerium in der Leipziger Straße, zu, ohne daß es die siebzig von Block 40 hindern konnten.

Sie, die Ur-Demonstranten hatten schon an der Ecke Unter den Linden - Friedrichstraße nach rechts zum Friedrichstadt-Palast abbiegen wollen, um dort schön gesittet der achthundertköpfigen SED-Versammlung ihre Resolution zu überreichen. Der Strom der Massen spülte aber auch sie vor das Haupt-Regierungsgebäude.

Vergeblich warteten Ulbricht und seine Funktionärs-Aktivistinnen vor dem Friedrichstadt-Palast mit Transparenten „Wir vertrauen unserer Regierung“ auf die Genossen vom Bau. Als der Lärm des Aufruhrs auch die Seitenstraßen des Regierungsviertels hinunterschallte, kamen die SED-Funktionäre mit in den Sog des ausbrechenden Aufstandes. Nur Walter Ulbricht und sein engster Führerstab waren inzwischen nach Pankow entwichen.

Die nächsten Tage waren gezeichnet von Toten, Verwundeten, Zerstörungen und Brandstiftungen. Das Feuer griff über auf die Industriestädte der Sowjetzone. Als es in Berlin brenzlich wurde, ließen die Regierungs- und SED-Zentralkomitee-Mitglieder ihre Familienangehörigen im Schutze von drei Sowjetpanzern nach Mecklenburg in Sicherheit bringen. Die meisten Ministerfrauen fuhren bis zum Ostseebad Kühlungsborn, darunter auch Frau Hanna Grotewohl.

Die alten Sozialdemokraten um den so lange nachgiebigen, undurchsichtigen Kollaborateur Otto Grotewohl taktieren – nach einem internen Bericht eines seiner Mitarbeiter – etwa so:

Der außenpolitische Auftrag des sowjetischen Hochkommissars Semjonow geht dahin, durch ein vereinigt und halbwegs neutralisiertes Deutschland, möglicherweise auch durch ein neutralisiertes Polen, die Voraussetzungen für die Liquidation des USA-Einflusses in Europa zu schaffen.

Die Kreml-Lösung eines „entschärften“ Mitteleuropas zwischen der Sowjetunion und Frankreich ist (nach dieser östlichen Quelle) in Paris und London beifällig aufgenommen worden. Die Neutralisierung Polens soll dabei die amerikanischen Einwendungen gegen einen deutschen Friedensvertrag entwerten, daß beim Abzug aller Besatzer aus Gesamtdeutschland die Sowjettruppen immer noch an der Oder stehen würden.

Dieses Moskauer Konzept paßt aber dem sowjetzonalen SED-Diktator Walter Ulbricht logischerweise nicht. Er ist der Wüstenprediger eines stur-kommunistischen Gesamtdeutschland, das sich als gleichberechtigter Satellit in die alte Ostblock-Konzeption Stalins einfügen soll. Ulbricht glaubt ernsthaft, durch eine von der SED/KPD gesteuerte nationalrevolutionäre Welle die rote Opposition so stärken zu können, daß die SPD nach den Bundestagswahlen regierungsbildende Partei sein wird.

Ulbricht glaubt offensichtlich, daß er bei der SPD ein leichteres Spiel haben würde, sie zu unterlaufen und sich in einer ihm vorschwebenden rosaroten gesamtdeutschen Regierung noch Schlüsselpositionen zu sichern.

Demgegenüber steht Semjonows „Taktik der leichten Hand“: der Plan, durch internationale Vereinbarungen ein neutralisiertes Gesamtdeutschland zu schaffen, in dem die bisherigen Sowjetzonen-Machthaber vorerst überhaupt keine Rolle spielen sollen,

Als Unteroffiziere für dieses taktische Manöver kann Semjonow allenfalls willige bürgerliche Kontaktleute gebrauchen, wie den kaltgestellten ehemaligen Vorsitzenden der sowjetzonalen Liberaldemokraten, Hermann Moritz Kastner, mit dem sich der sowjetische Hochkommissar vor kurzem bereits über seine Wiederverwendung unterhielt.

Ulbricht und seine Funktionärs-Anhänger erkannten, daß sie, bei konsequenter Durchführung der sowjetischen Entspannungsaktionen, in Kürze für ihre dominierende Rolle, vielleicht sogar für ihre persönliche Sicherheit fürchten müssen.

Es wurden sogar ganz konkrete Befürchtungen laut, daß zum Beispiel bei der von Semjonow eingeleiteten Generalamnestie für „politische Republikflüchtlinge“ anläßlich ihrer Rückkehr „Schweinereien aufgedeckt würden“ und gerichtliche Anklagen gegen führende Ulbricht-Leute zu erwarten wären.

Ulbricht und seine Clique hätten beschlossen, Beweise dafür zu liefern, daß ihre „Taktik der starken Hand“ doch richtig gewesen sei und daß die Semjonow-Linie nur den „faschistischen Mob“ zu Störaktionen animiere. Mit solchen Beweisen hofften Ulbricht und seine Anhänger ihre Spitzenstellungen neu zu festigen.

Der Verdacht, daß manche Explosionen der Juni-Unruhen, besonders in der Sowjetzone, der Ulbricht-Clique als „Beweismittel“ nicht nur erwünscht waren, sondern möglicherweise von ihr sogar angestiftet worden sind, wird in diesem Zusammenhang geäußert.

Aber auch der Kreis um Grotewohl versuche, an dem Feuer der nun einmal aufgeflammten Juni-Rebellion seine besondere Suppe zu kochen. Das habe sich besonders in der alten SPD-Bastion Magdeburg gezeigt:

Abgeklärte Bebel-Typen mischten sich unter die Demonstranten, die unter ihrer Leitung im Hauptbahnhof die durchfahrenden Interzonenzüge mit SPD-adäquaten Parolen beschmierten, wie:

*„Fort mit Ulbricht und Adenauer,
wir verhandeln nur mit Ollenhauer.“*

Auf den Bahnsteigen wurden Transparente ausgespannt, auf denen es hieß:

*„Räumt euren Mist in Bonn jetzt aus,
in Pankow säubern wir das Haus“*

Den westdeutschen Fernfahrern, die auf der Autobahn Magdeburg - Helmstedt heimwärts fuhren, präsentierten die Aufrührer an der Brücke bei Barleben ein improvisiertes Plakat, das Ulbricht und Adenauer am Galgen zeigte. Darunter der Text: „Einheit macht stark.“

An solche Exzesse knüpften ausländische Beobachter in Westberlin schon die Schlußfolgerung: Man betrachte es als nicht ausgeschlossen, daß die Verabschiedung des ostzonalen Regierungstrios Ulbricht-Pieck-Grotewohl bevorstehe. Wobei Grotewohl noch die größte Chance des Bleibens zugebilligt wird, da er offenbar bereits nach verschiedenen Seiten Auffangnetze gespannt habe.

Schreibt die Schweizer Zeitung „Die Tat“: „Kommt es aber zum Sturz Ulbrichts und Piecks, ... dann ist der Erdrutsch da, der unweigerlich Auswirkungen in Westdeutschland haben muß, die man heute noch nicht entfernt abschätzen kann. In drei Monaten gehen die westdeutschen Parlamentswahlen über die Bühne, und wenn der Kreml dem Bundeskanzler Adenauer das Grab schaufeln will, dann kann er dies tun, indem er es zunächst den Piecks und Ulbrichts schaufelt.“

Es hat aber nicht den Anschein, daß Ulbrichts Sturz so schnell erwartet werden kann. Semjonow bereitet vielmehr eine neue Übergangslösung vor, die den „Männern der harten Hand“ im SED-Zentralkomitee allerdings kaum weniger unsympathisch ist. Sie haben inzwischen erfahren, was Semjonow mit dem Christdemokraten-Führer Otto Nuschke besprach: Semjonow will ein neues Kontroll-Gremium als Ost-West-Regulativ schaffen. Es soll folgende Funktionen wahrnehmen:

- Überwachung aller Beschlüsse und Maßnahmen des „DDR-Ministerrats“ mit dem Ziel:
- bestehende Konfliktstoffe zwischen Ost und West abzubauen und
- neue Konfliktmöglichkeiten zu verhindern.

Die Leitung dieses Kontroll-Gremiums trug Semjonow dem alten Eiertänzer Nuschke an: Nuschke schmunzelte: „Haben Sie auch bedacht, Hoher Kommissar, was meine SED-Regierungskollegen dazu sagen werden?“